

## **#MITTENDRIN: WIR STELLEN UNS DEN HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE DEMOKRATIE**

**„Wir wollen das Leben der Bürger:innen verbessern – jeden Tag aufs Neue.“**

Wenn wir das sagen, trauen uns das immer weniger Menschen zu. Überhaupt scheint das Vertrauen in die Demokratie zu schwinden. Der Staat scheitere an seinen Aufgaben – gerade wohl am meisten an der Migration, hören wir jeden Tag. Egal wo man hinkommt, ob beim Elternabend, beim Seniorenstammtisch oder im Verein, man könnte das Gefühl bekommen, es läuft nichts in unserer Demokratie. Selbst in Gewerkschaften, Kirchen und sogar vereinzelt in unserer Partei gibt es Zweifel, ob wir in „der Politik“ tatsächlich jeden Tag aufs Neue das Leben der Bürger:innen verbessern wollen.

Um es vorwegzunehmen: Wir wollen nicht nur verändern, wir verändern und verbessern das Leben der Menschen auch tatsächlich.

Im Herbst 2022, also vor genau einem Jahr, haben wir in den Kommunen Wärmestuben geplant, weil die Wärmeversorgung im Winter als unsicher galt. Wir sind gut und vor allem warm in unserer eigenen Wohnung, ganz ohne Wärmestuben, durch den Winter gekommen. Kaum jemand spricht heute mehr davon. Vor einem Jahr aber gab es eine panische Debatte über die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisenzeiten und die Schuldfrage war bereits beantwortet. Die Demokratie und damit auch die Politik sei zu langsam. Am Ende waren es aber politische Entscheidungen und die Ideen toller engagierter und kompetenter Menschen, die das Problem für uns gelöst haben. Es waren übrigens nicht die Schreihälse auf der politischen Bühne oder die Panikmacher aus dem Boulevard, es waren Menschen mit Tatkraft, Mut und Zuversicht.

Aber warum weiß das niemand mehr? Diese und all die anderen wichtigen Entscheidungen wie beispielsweise die Erhöhung des Mindestlohns oder der wichtige Schritt gegen die Kinderarmut, der mit der Kindergrundsicherung gelungen ist, sind kaum noch präsent. Weil der nächste Konflikt oder die nächste Herausforderung, die wir alle erst einmal nachvollziehen und verstehen müssen, bereits vor der Tür steht. Und dann gibt es doch noch so viel mehr als das aktuelle Weltgeschehen oder manch einen Sturm im Wasserglas in Berlin oder Stuttgart, worum man sich kümmern muss: das eigene Leben! Damit haben die Menschen schon genug zu tun. Deshalb haben sie genug von unnötigen politischen

Konflikten und den langwierigen Prozessen im Ringen um Lösungen, am Ende derer häufig Kompromisse stehen.

Natürlich gehört der Streit zur Demokratie. Der Austausch verschiedener Meinungen ist gerade auch für unsere Partei ein wichtiger Grundsatz. Dies immer wieder auch zu sagen, gehört zu unserem Selbstverständnis als Bewahrer:innen der Demokratie. Lasst uns deshalb mehr Zeit darauf verwenden, mit den Menschen zu sprechen, zu diskutieren und ihnen wieder mehr auf den Mund zu schauen. Es gelingt uns dann auch wieder besser zu verstehen, in welchen Streit wir uns mit voller Kraft begeben und welchen „Kulturkampf“ wir auch mal auslassen. Wir werden die Welt nicht an einem Tag verbessern. Beginnen wir mit den Problemen, die den Menschen besonders wichtig sind. Lasst uns #mittendrin sein. Dazu gibt es tolle Ideen zu Formaten, die wir euch vorstellen werden. Wir stellen alle zusammen eine Kampagne für mehr Direktkontakte auf die Beine.

Außerdem sorgen wir mit Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen dafür, dass die vernünftigen Stimmen lauter werden und gegen Rechts aufstehen.

Das beste Format ist aber immer noch das Leben. Die Diskussion beim Dorffest, die Zufallsbegegnung beim Bäcker oder beim Bier nach dem Elternabend. Sich da einzubringen, mitzudiskutieren und aus einer vermeintlichen Mindermeinung heraus zu überzeugen braucht Mut, Fakten und eine Idee, wie ich mir Gehör verschaffen kann. Dazu stellt die Landespartei eine Vielzahl an Angeboten zur Verfügung. Mit den begrenzten Mitteln, die uns zu Verfügung stehen, beschleunigen wir den Informationsfluss und geben noch zielgenauer Fakten an unsere Mitglieder.

Entscheidend ist, dass wir #mittendrin sind, zuhören und nicht nur das hören, was wir hören wollen. Lasst uns die Gelegenheiten nutzen. Jeden Tag.

Wir reden nicht jeder oder jedem nach dem Mund. Manchen müssen wir sogar kräftig über den Mund fahren. Das sind diejenigen, die unsere Demokratie verächtlich machen: Rechtsradikale und Rechtspopulist:innen. Wenn es um die Verteidigung unserer Demokratie geht, weichen wir nicht, wir stellen uns jeder Diskussion und jeder Auseinandersetzung. Egal wo, egal wann und egal mit wem. Wir weichen nicht aus.

Wir arbeiten uns nicht ständig an ihnen ab, lassen uns auch nicht treiben. Wir sind wir. Wir nehmen Stellung zu rechtsradikalen Parteien, verwenden aber nicht mehr Zeit und Energie für die Auseinandersetzung mit diesen Kräften als für die Menschen in unserem Land.

Wir haben eine klare Trennlinie. Wer – wie die gewählten Vertreter:innen der AfD – alle anderen Parteien verächtlich macht und die gesamte Demokratie in Frage stellt, mag zwar in ein Gremium gewählt sein, ist aber nicht Teil des gemeinsamen demokratischen Grundkonsens. Diese Unterscheidung leitet uns im Umgang mit rechtsradikalen Parteien in Parlamenten und kommunalen Gremien. Wir akzeptieren die Besetzung von parlamentarischen oder gemeinderätlichen Ausschüssen, sofern diese solchen Parteien aus Rechtsgründen zustehen. Wir wählen aber keine Person aus solchen Parteien in ein parlamentarisches Amt oder in eine verantwortliche Funktion in einer Stadt-, Gemeinde- oder Kreisverwaltung. Auch Entsendungen in Gremien außerhalb der Vertretungskörperschaften lehnen wir ab. Wir lehnen AfD-Anträge ab, auch wenn sie vermeintliche Positionen von uns übernommen haben. Wir fallen nicht darauf rein. Wir sind #mittendrin, stellen eigene Anträge und suchen Mehrheiten mit demokratischen Parteien. Ein überparteilicher Austausch ist wichtig in der Demokratie. Gerade auch außerhalb von Sitzungen und Auseinandersetzungen. Wer aber wie die AfD die Demokratie und die sie tragenden Parteien verächtlich macht, begibt sich außerhalb des demokratischen Grundkonsens. Dies unterscheidet die AfD von anderen Parteien so grundsätzlich, dass es da keinen kollegialen Austausch geben kann. Wir stellen Rechtsradikale und Rechtspopulist:innen auch inhaltlich. Wir sind es, die im Kontakt mit den Bürger:innen sind und aufzeigen, dass eine Partei wie die AfD keine Lösungen für die Herausforderungen in unserem Land hat. Wir machen deutlich, dass die Umsetzung des AfD-Wahlprogramms ihren potenziellen Wähler:innen in ihren eigenen Interessen schadet und sie wirtschaftlich schlechter dastehen lässt als zuvor. So fordert die AfD in Baden-Württemberg die Abschaffung des Mindestlohn- und Tariftreuegesetzes und der Bildungszeit. Keine andere Partei plant größere Einschnitte bei Sozialleistungen. Auch auf die inhaltliche Auseinandersetzung bereiten wir unsere Mitglieder vor und unterstützen sie mit Argumenten.

Ein weiterer entscheidender Unterschied zu den rechten Populist:innen: Wir lassen uns nicht von schlechter Laune, Pessimismus und Wut leiten. Wir zeigen, dass der Einsatz für unsere Demokratie Freude machen kann.

Lasst uns nicht verzagen. Lasst uns rausgehen und #mittendrin sein.

Sascha Binder, Generalsekretär